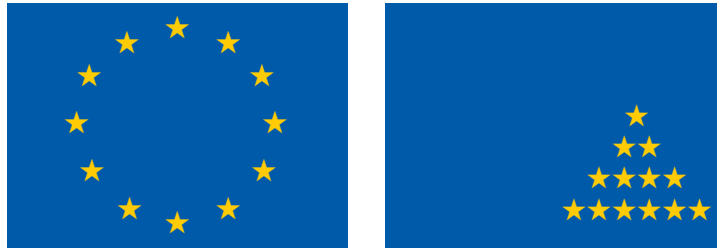


NEUROPA!



Europa ist – bei allen möglichen und auch berechtigten Vorbehalten – eine funktionierende und fundierte Wertegemeinschaft. Generationen vor uns haben Freiheit, Gleichheit und Solidarität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erkämpft. Wir müssen diese Werte leben und wir müssen sie verteidigen, gerade wenn autoritäre Demagogen sie aushöhlen wollen.

Die Grundwerte der EU sind nicht vom Himmel gefallen, ebensowenig sollen das die Sterne der Europaflagge tun. Zu viel haben die Staaten unseres Kontinents in das Friedensprojekt investiert. Aber diese Werte werden heute in manchen Ländern angegriffen. Unter dem Deckmantel nationaler Souveränität werden freie Gerichte unter Kuratel gestellt, die Pressefreiheit eingeschränkt und der Raum für demokratische Auseinandersetzung immer weiter beschnitten. Die sogenannte »illiberale Demokratie« will die grundlegenden europäischen Werte abschütteln, da sie die Macht der Regierenden einschränken. Die EU kann nicht tatenlos zusehen, wie ihre Prinzipien untergraben werden, gleichzeitig aber finanzielle Solidarität wie selbstverständlich eingefordert wird. Wir wol-

len und werden nicht jene, die unsere Werte abbauen, auch noch finanziell dabei unterstützen.

Das heißt ganz klar und unmissverständlich: Maßnahmen! Im Rahmen der Verhandlungen für den kommenden mehrjährigen Finanzrahmen sollte klar-

ernaßnahmen werden nicht koordiniert. Nur die Höhe von Defizit und Staatsverschuldung sind geregelt. Das reicht nicht, wir brauchen gemeinsame Regeln und Ziele für Beschäftigung, Wirtschaftswachstum, Investitionen. Nachhaltige Budgetpolitik ist das Fundament für nachhaltigen Wohlstand für alle, kein Selbstzweck.

Noch immer bestehen zu viele Schlupflöcher: Die EU und ihre Mitgliedsstaaten verlieren dadurch Steuereinnahmen von geschätzten 1000 Milliarden Euro. Und das jährlich!

gestellt werden, dass Mittel gekürzt werden, wenn schwere Verletzungen der Wertebasis der EU vorliegen. So einfach ist das.

Wirtschafts- und Währungsunion vollenden

Die Eurozone hat zwar eine gemeinsame Geld-, aber keine abgestimmte Wirtschaftspolitik. Nationale Budget- oder Steu-

Daher wird sich Österreich im Rahmen der Debatte um die Zukunft Europas für die rasche Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion einsetzen und sie zu einer Wohlstandsunion machen. Gemeinsam mit unseren Partnern in der Eurozone müssen wir die bestehenden Regeln vervollständigen, um soziale Aspekte erweitern und für eine effektive Kontrolle sorgen.

Wo ist
Europa

falsch abgebogen?





Steuerbetrug bekämpfen

Steuerbetrug und schädlichem Steuerdumping in Europa sagen wir den Kampf an. Jeder, auch jeder Großkonzern, muss seinen fairen Beitrag für die Gemeinschaft leisten. Noch immer bestehen zu viele Schlupflöcher, durch die man auch in der EU Steuern vermeiden kann. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten verlieren dadurch Steuereinnahmen von geschätzten 1.000 Milliarden Euro. Und das jährlich! Dieses Geld fehlt bei der Bildung, der Gesundheit, beim Ausbau der Infrastruktur und bei der Sicherheit. Verschärft wird das Problem durch den ungeregelten Steuerwettbewerb in der EU. Der Trend, im Wettbewerb um Betriebsansiedlungen die Unternehmenssteuern immer weiter zu senken, muss gestoppt werden, sonst sind wir am Schluss alle ärmer.

Schnüren wir mit unseren europäischen Partnern ein umfassendes Paket gegen Gewinnverschiebung und andere Methoden der Steuervermeidung und beschließen wir es rasch. Eine einheitliche Bemessungsgrundlage für Unternehmenssteuern und Mindeststeuersätze müssen endlich EU-weit durchgesetzt werden.

Die eine Hälfte der EuropäerInnen wird ausgebeutet, damit die andere Hälfte sich mit geringerem Lohnwachstum zufriedengibt.

Aus für Lohn- und Sozialdumping

Lohn- und Sozialdumping gefährdet nicht nur in Österreich Arbeitsplätze, schädigt Betriebe und bringt unsere Löhne und unser Sozialsystem unter Druck. In den Entsendestaaten werden ArbeitnehmerInnen um ihren gerechten Lohn geprellt. Die eine Hälfte der EuropäerInnen wird ausgebeutet, damit die andere Hälfte sich mit geringerem Lohnwachstum zufriedengibt. Die Gewinner sind skrupellose Unternehmen und Leiharbeitsfirmen, die das derzeitige System der Freizügigkeit in der EU ausnützen. Das ist nicht unser Europa.

Um dem Grundsatz »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort« zum Durchbruch zu verhelfen, brauchen wir Gesetze zum Schutz unserer Beschäftigten und unserer Betriebe.

Das heißt: Die Reform der Entsenderichtlinie mit strengeren Auflagen für entsendende Firmen muss endlich umgesetzt werden. Die Strafen für Lohn- und Sozialdumping müssen von den Entsendestaaten eingetrieben werden, sonst machen sie sich zu Komplizen.

Und in besonderen Problembranchen und -regionen wollen wir eine Arbeitsmarkprüfung einführen, um den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte zu regeln.

Handel, aber fair

Als kleine, offene Volkswirtschaft profitiert Österreich vom globalen Handel und vom europäischen Binnenmarkt. Doch Handel muss auch fair sein und darf nicht zur Aushöhlung unserer Standards oder zu Sonderrechten für Konzerne führen.

Gestalten wir unsere Europäische Union so, wie wir sie in unser aller Interesse möchten. Damit sie wirklich wieder »unsere« Europäische Union wird – die der Menschen, nicht der Konzerne und Banken.



Machen wir die Union zu einer richtigen Gemeinschaft. Zu einer Gemeinschaft der Werte und des Wohlstands, schließen wir Steuer-schlupflöcher, setzen wir gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort durch und sorgen wir für fairen Handel.

Die Handelsabkommen neuen Typs tun aber genau das. Sie greifen in immer mehr Bereiche ein, wo besondere Schutzinteressen betroffen sind: unsere hohen

Sozial-, Umwelt-, und Konsumentenschutzstandards, unsere öffentlichen Dienstleistungen und der gleiche Zugang zum Recht. Denn unter dem Titel »Investorenschutz« werden Konzernen spezielle Schiedsverfahren bei Klagen gegen Staaten zugestanden.

Fairer Handel heißt auch, dass wir nicht naiv mit der globalen Konkurrenz umgehen dürfen. Gegen Sozial- und Umweltdumping muss sich die EU vehement zur

Wehr setzen, ebenso gegen die Übernahme strategisch relevanter Betriebe. Daher fördern wir auch die Errichtung von Mitarbeiterbeteiligungsstiftungen,

die helfen, Unternehmen am Standort Österreich vor feindlichen Übernahmen zu schützen.

Aus unserer Sicht ist es unerlässlich, dass die Mandate für neue Handelsabkommen der EU die Kritik an CETA und TTIP aufnehmen. Das bedeutet: keine Ratifizierung von CETA, bis alle Punkte der Zusatzklärung befriedigend gelöst sind, und eine Stärkung der handelspolitischen Instrumente der EU im Kampf gegen Dumping.

Wohlstandsversprechen erneuern

Die EU hat sich in der Vergangenheit sehr stark auf den Binnenmarkt und sein reibungsloses Funktionieren konzentriert. Diese bedingungslose Marktgläubigkeit führt jedoch nicht zu der Konvergenz der Einkommensniveaus, die nötig ist, um soziale und politische Stabilität in Europa zu sichern. Das soziale Fortschrittsprotokoll wird dieses Ungleichgewicht beheben. Die Diskussionen rund um den Brexit sind die Gelegenheit, die Aufgaben und die Ausgaben der EU zu überdenken und neu zu ordnen. Geben wir doch mehr für wachstumsfördernde Investitionen aus, um diese Konvergenz zu beschleunigen!

Ebenso muss die EU mit neuem Elan und neuen Ideen die großen sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit – Digitalisierung, Globalisierung und Klimawandel – angehen. Was sie braucht, sind handlungsfähige Institutionen mit demokratischer Legitimation und eine auf Wohlstandsvermehrung, sozialen Ausgleich und Nachhaltigkeit ausgerichtete Mehrheit.

Unser Ziel muss eine starke, handlungsfähige EU sein, die ihr Grundversprechen von gerecht verteiltem Wohlstand wieder erfüllt. Gerecht verteilter Wohlstand ist die Grundlage des jahrzehntelangen Friedens, den wir in Europa genießen und auch weiter genießen wollen. Die EU muss daher als Motor einer wirtschaftlichen und sozialen Dynamik wirken, die wieder alle an den erzielten Wohlstandsgewinnen teilhaben lässt und die Unterschiede zwischen den Staaten und Regionen verringert. Der Garant dafür ist eine starke Sozialdemokratie in der EU.

Und vor allem: Beginnen wir möglichst rasch damit. Stärken wir die soziale Säule der EU. Stärken wir die fortschrittlichen, pro-europäischen Kräfte gegen national-konservative Umtriebe. Restrukturieren wir das EU-Budget mit stärkerem Fokus auf Konvergenz & Wachstum. Treiben wir die Reform der EU-Institutionen in den nächsten 5 Jahren massiv voran. ■